

Statement Jahres-Presskonferenz, 31. August 2023, Berlin

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt

Es gilt das gesprochene Wort

Herzlich Willkommen zur Jahres-Presskonferenz von Brot für die Welt. Danke für Ihr Interesse.

Wie ist es um die Nachhaltigen Entwicklungsziele – die SDGs - der Vereinten Nationen bestellt? Können sie bis 2030 erreicht werden? Darüber diskutieren in etwa zwei Wochen Staats- und Regierungschefs in New York. 2015 hatte sich die internationale Gemeinschaft eine wahrliche Transformationsagenda gegeben: Eine Welt ohne Armut, ohne Hunger, mit Gleichberechtigung, nachhaltiger Wirtschaft und Energie für alle. Es war und ist eine positive Zukunftsvision. **Heute, zur Halbzeit der SDGs, müssen wir leider sagen: Das Ziel ist in weiter Ferne.** Nur bei 18 Prozent der Ziele ist die Welt laut dem aktuellen „Sustainable Development Report“ auf einem guten Weg. Bei mehr als der Hälfte bewegt sich die Politik zu langsam oder gar nicht und bei einigen Zielen geht es sogar in die falsche Richtung.

Der große Gipfel im September muss eine echte Trendwende bringen. Brot für die Welt erwartet auch, dass Deutschland sich dafür einsetzt. Denn bei allen geopolitischen Gräben sind es weiterhin die Nachhaltigen Entwicklungsziele, die die Weltgemeinschaft zusammenhalten. Und was die Welt heute braucht, ist wieder stärker zusammenzurücken statt weiter auseinanderzudriften.

Bundshaushalt

Von der Politik braucht es mutige Entscheidungen, die viel Geld kosten werden. Dieses Geld ist da. Die Ampel-Regierung muss vorangehen und gleichzeitig internationale Partner motivieren, mehr zu tun.

Allerdings: Der Kabinettsentwurf für den Bundshaushalt 2024 sieht nicht aus wie ein mutiger Schritt in Richtung Gestaltung einer gerechten Welt. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sollen stark gekürzt werden – zum Teil radikal. Und für die folgenden Jahre sind noch mehr Kürzungen vorgesehen. **Aus meiner Sicht ist das nichts anderes als eine Absage an die internationale Verantwortung Deutschlands.** Der Haushaltsentwurf steht im krassen Widerspruch zum Koalitionsvertrag und zu der ambitionierten Nationalen Sicherheitsstrategie. In der Strategie spricht die Bundesregierung – und das begrüßen wir ausdrücklich – von „integrierter Sicherheit“. Sicherheit soll mehr sein als Militär und Verteidigung. Der Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe und der zivilen Krisenprävention werden große Bedeutung beigemessen.

Wenn die Bundesregierung es aber mit dem „integrierten Sicherheitsbegriff“ ernst meint, dürften das Budget für Verteidigung und die Etats für Entwicklung Humanitäre Hilfe nicht so auseinanderklaffen. **Doch stattdessen gibt es für die Unterstützung der Menschen in ärmeren Ländern deutlich weniger Geld.**

Zurück zu den SDGs: Deutschland ist, was das Erreichen der Ziele hierzulande angeht, auf einem guten Weg. Im Ranking des Sustainable Development Reports steht Deutschland auf dem vierten Platz. Doch in dem Bericht steckt ein weiteres Ranking. Das zeigt, wie sich die Politik eines Landes auf das Erreichen der Entwicklungsziele anderer Länder auswirkt. Gemessen werden ökologische und soziale Auswirkungen auf Handel, Wirtschaft und Finanzen. Und hier steht Deutschland alles andere als gut da: nämlich nur auf Rang 144. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften wirkt sich negativ auf die Chancen anderer Länder aus, ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Ein Beispiel dafür ist unser Hunger nach Rohstoffen, der in anderen Ländern katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt hat. **Wir stehen jeden Tag mehr in der Schuld bei den Menschen, die am meisten unter Hunger und der Klimakrise leiden und am wenigsten dazu beigetragen haben.** Wir müssen damit beginnen, diese Schulden zu begleichen.

Das Auseinanderdriften der Welt und die Widersprüchlichkeit deutscher Politik ist nicht zu übersehen.

Eine Welt ohne Hunger

Eines der Nachhaltigen Entwicklungsziele, das in weiter Ferne liegt, ist Ziel Nummer zwei: Eine Welt ohne Hunger. Die globalen Hungerzahlen sehen derzeit etwas besser als im vergangenen Jahr. Doch noch immer hungern weltweit weit mehr als 700 Millionen Menschen. Dabei war die Welt schon weiter: 2019 – vor Ausbruch der Corona-Pandemie – waren es 613 Millionen.

Im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle über die Ursachen des Hungers in der Welt gesprochen und aufgezeigt, was zu tun ist, um ihn zu bekämpfen. Damals spielte das Getreideabkommen, das der Ukraine den Export ihres Weizens garantieren sollte, eine große Rolle. Ich sagte damals und sage es heute wieder: **Hunger ist ein Verteilungsproblem und ein Preisproblem, im Moment aber noch kein Mengenproblem.** Allerdings hat Russland inzwischen das Abkommen ausgesetzt. Präsident Putin setzt Hunger weiterhin als Waffe in diesem unmenschlichen Krieg ein. Beinahe täglich sind Häfen und Schiffe im Schwarzen Meer Ziel von Bombenangriffen. Wenn das Schwarze Meer in den kommenden Wochen noch mehr zum Kriegsgebiet wird, müsste auch Russland seine Getreideexporte einstellen. Dann ist die Gefahr groß, dass die Preise explodieren und noch größere Teile der Welt in eine Hungersnot stürzen. Francisco Marí wird dazu gleich noch etwas mehr sagen. Da die Politik aus vergangenen Fehlern kaum gelernt hat, sind die Menschen im globalen Süden der nächsten Hungerkrise ebenso schutzlos ausgeliefert wie vergangenen.

Auch die deutsche Politik hat sich nicht verändert. **Weiterhin landet zu viel**

Getreide in Tank und Trog statt auf dem Teller der Menschen. Dabei hätten wir die Möglichkeit, Präsident Putin die Kriegswaffe Hunger zu nehmen. Wir müssen die Fleischproduktion reduzieren, ebenso wie die Beimischung von Getreide in Kraftstoffe. Dann könnten Deutschland – und andere G7-Länder – Getreidereserven aufbauen. Im Fall einer Notlage kann man dieses Getreide armen Ländern zur Verfügung stellen oder zumindest die Preise auf dem Weltmarkt stabilisieren.

Noch grundlegender und langfristig effektiver ist eine Reform des weltweiten Ernährungssystems. Wenn wir uns die aktuellen Hungerzahlen der UN anschauen, sehen wir, dass sich die Situation in Teilen Asiens oder Lateinamerikas verbessert, während der Hunger in Afrika südlich der Sahara weiter zunimmt. Dort treffen die vielen Krisen – Kriege, Klimakrise, die noch immer nachwirkenden Folgen der Corona-Pandemie und die Inflation – die Menschen besonders hart. Das liegt auch an der Importabhängigkeit vieler Staaten. Sie sind damit den Preisanstiegen bei Nahrungsmitteln und Energie deutlich stärker ausgesetzt als Länder, die mehr Nahrung selbst produzieren. **Ernährungssouveränität fordern und fördern wir gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen seit vielen Jahren.** Eine unserer Partnerorganisationen berät zum Beispiel Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Kenia im Ackerbau: Wie kann ich Gemüse anbauen, ohne viel Wasser zu verbrauchen? Welche Pflanzen versorgen meinen ausgelaugten Boden besser mit Nährstoffen? In Malawi schulen Partner die Menschen in Permakulturen, damit sie Pflanzen anbauen können, die sich gegenseitig schützen und ganzjährig ernten können. In Simbabwe unterstützen wir eine ehemals kleine Graswurzelbewegung, die heute über 1.000 Bäuerinnen und Bauern dabei hilft, besser mit den immer gravierenderen Folgen der Klimakrise umzugehen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen. Welches Saatgut funktioniert unter den veränderten Klimabedingungen? Wie lässt sich der wenige Regen effektiv nutzen? Wie lassen sich die Schäden von Stürmen minimieren? Wie stelle ich organischen Dünger her, der keine großen Mengen fossiler Energie benötigt? Auf diese Fragen liefert unser Partner Antworten. **Das Ergebnis ist in allen genannten Projekten gleich: Mehr gesunde Nahrungsmittel auf den Feldern, weniger Hunger für die Familien.**

Neben der geringeren Abhängigkeit von Importen **hat dieser agrarökologische Ansatz noch einen weiteren großen Vorteil: Die Menschen benötigen weniger fossile Energie. Sie sind also weniger anfällig für steigende Energiepreise und schonen das Klima.** Was ich sagen möchte: Wir können die Welt zum Positiven verändern, bei Brot für die Welt arbeiten wir mit unseren Partnern jeden Tag daran.

Eine Welt – ein Klima

Wir müssen dafür sorgen, dass die Nahrungsmittel dort angebaut werden, wo sie gebraucht werden und das schonender für Menschen und Natur. Aktuell ist die Land- und Ernährungswirtschaft zu etwa einem Drittel für die weltweiten Klimaschäden verantwortlich. **Wenn Industrieländer noch mehr produzieren, erhöht das zum einen die Import-Abhängigkeit armer Länder und verschärft zum anderen die Klimakrise.**

Die Klimakrise und die Bekämpfung des Hungers in der Welt hängen unmittelbar zusammen. Die Klimakrise verschärft den Hunger. **Wir müssen in der Klimakrise an vielen Stellschrauben drehen, um die Katastrophe, die schon jetzt in vielen Teilen der Welt spürbar ist, nicht noch größer werden zu lassen. Auch hier zeigt sich in Deutschland eine widersprüchliche Politik:** Befürworter des rigiden Sparkurses sagen, es sei schlicht kein Geld da. Man müsse nach Jahren der Dauerkrisen endlich wieder die Schuldenbremse einhalten. Dabei geht es bei Staatsfinanzen vor allem um Prioritäten: Das Umweltbundesamt rechnet vor, dass allein der Bund über 65 Milliarden Euro im Jahr für klimaschädliche Subventionen ausgibt beziehungsweise weniger einnimmt – Dienstwagenprivileg, Steuervergünstigungen für Diesel und Kerosin oder Mehrwertsteuerbefreiung von internationalen Flügen. Das hat auch die Bertelsmann-Stiftung diese Woche herausgearbeitet. In Zeiten angeblich klammer Staatskassen und der voranschreitenden Klimakrise sind viele dieser Subventionen völliger Irrsinn. Daneben stellt Deutschland nur etwa sechs Milliarden Euro jährlich für die internationale Klimafinanzierung bereit. Aber von uns mitverursachte Schäden und Verluste der Klimakrise verursachen **schon heute** Armut und Unterernährung. Lassen Sie es mich so deutlich sagen: **Deutschland verstärkt die Klimakrise und versucht an anderer Stelle – und mit deutlich geringeren Mitteln – ihre Folgen zu bekämpfen. Das ist widersprüchlich, teuer und unsinnig.** Was der Klimawandel für gravierende Folgen hat, sehen unsere Partner in aller Welt ganz deutlich. Wir fördern aktuell ein Umsiedlungs-Projekt in Fidschi, da die Menschen angesichts des steigenden Meeresspiegel und häufiger und intensiver auftretender Stürme schlicht nicht mehr dort leben können, wo sie und ihre Vorfahren gelebt haben. Wir begrüßen, dass auf der Klimakonferenz 2022 endlich ein Fonds zur Finanzierung von klimabedingten Schäden und Verlusten beschlossen wurde. Nun muss dieser Fonds eingerichtet und ausreichend finanziert werden. Dazu kann Ihnen unsere Klimaexpertin Sabine Minninger im Anschluss an die Pressekonferenz noch Fragen beantworten.

Bilanz Brot für die Welt 2022

Unsere Spenderinnen und Spender jedoch – und das ist von unschätzbarem Wert - spüren, dass wir uns gerade in Zeiten vielfacher Krisen solidarisch zeigen müssen mit Menschen in ärmeren Ländern. **Die Inflation macht auch in Deutschland vielen Menschen zu schaffen und doch können wir uns über ein deutliches Spendenplus freuen. Dafür bedanken wir uns sehr!**

Wir haben 2022 75,6 Millionen Euro aus Spenden und Kollekten erhalten. Das ist ein Plus von 12 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Darin sind auch die Kollekten aus den Weihnachtsgottesdiensten 2021 enthalten, die vielerorts – anders als 2020 – wieder stattfinden konnten. Ich bedanke mich von Herzen bei unseren Unterstützerinnen und Unterstützern für dieses ermutigende Ergebnis und das Vertrauen in unsere nachhaltige Arbeit.

Neben Spenden und Kollekten sind kirchliche und Bundesmittel die beiden weiteren finanziellen Säulen von Brot für die Welt. Insgesamt standen uns 2022 für die

Entwicklungsarbeit 338,6 Millionen Euro zur Verfügung – ein Plus von etwa 17 Millionen Euro.

Wir konnten im vergangenen Jahr 291 Millionen Euro für Hilfsprojekte ausgeben, das entspricht 92 Prozent der Gesamtausgaben. Für Werbe- und Verwaltungsaufgaben wurden 8 Prozent eingesetzt. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bewertet den Anteil der Werbe- und Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben als niedrig. **Das ist die beste Kategorie, die das DZI vergibt.**

2022 haben wir **682 Projekte neu bewilligt. Afrika und Asien waren die regionalen Schwerpunkte.** Inhaltlich blieb der Fokus von Brot für die Welt: Menschen durch landwirtschaftliche Projekte langfristig vor Hunger und Mangelernährung zu schützen sowie die lokale Zivilgesellschaft und Menschenrechte weltweit zu stärken.

Schluss

Die vielen Krisen in der Welt – die zweifellos auch die Menschen in Deutschland spüren – dürfen keine Ausrede dafür sein, sich international weniger zu engagieren. Ganz im Gegenteil: Eine aktive, umgestaltende und mutige Politik ist die beste Krisenprävention. Ich bin sicher, dass eine bessere Welt möglich ist. Und ich weiß, dass ich damit nicht allein bin. Das zeigt mir die Arbeit mit unseren Partnern, das zeigt mir auch unser gutes Spendenergebnis.

Das Festhalten am Status Quo ist keine Option. Der Status Quo hat uns erst in die Krise geführt. Und gerade die Klimakrise zeigt uns, dass wir alle im selben Boot sitzen. Wenn wir nicht **jetzt** entschlossen handeln, wird die Rechnung später teurer. Oder unbezahlbar. Für den Planeten, die Staatskassen und jeden von uns.

Vielen Dank.